

WIDER|SPRUCH

In: Widerspruch Nr. 36 Perspektiven postnationaler Demokratie (2001), S. 58-60

Autor: *Alexander von Pechmann*

Rezension

Thomas Assheuer/Werner A. Perger (Hg)

Was wird aus der Demokratie?

Opladen 2000 (Leske + Budrich), 112 S., 19.80 DM.

Der Band enthält Beiträge namhafter Autoren, die von der ZEIT aufgefordert wurden, den Zustand der „liberalen Demokratie“ nach ihrem Triumph über den Sozialismus und unter den Bedingungen der Globalisierung zu analysieren. Alle Autoren gehen von dem paradoxen Tatbestand aus, daß die sog. „liberale Demokratie“, verstanden als eine bestimmte Form politischer Herrschaft, just zu dem Zeitpunkt ihre Schuldigkeit getan zu haben scheint, an dem sie ihren weltweiten Siegeszug angetreten hat. An die Stelle der gewählten Repräsentanten, die den Kalten Krieg gewonnen haben, können jetzt die globalen Spieler selbst treten. Man bedarf der Politiker nicht mehr. Und die Beiträge unterscheiden sich vor allem dadurch, ob ihr Autor diesen „Verlust“ oder „Rückzug des Politischen“ gut und richtig findet oder nicht.

Eigenartigerweise scheint den Franzosen, denen man doch die Liebe zu ihrer unteilbaren Republik nachsagt, dieser Abschied am leichtesten zu fallen. Jedenfalls wollen sowohl *Alain Touraine*, Soziologe an der Pariser Ecole des Hautes Etudes Science Sociales, einer der Hochburgen des republikanischen Geistes, als auch *Jean-Marie Guéhenno*, ehemals Planer der französischen Außenpolitik, Rousseaus *volonté général* verabschieden und diesen einigenden Willen durch eine Vielfalt miteinander konkurrierender Institutionen ersetzen. Die Idee der Demokratie, meint Touraine, sei neu zu bestimmen: nicht mehr soll „als böse (gelten), was dem Allgemeinwohl ... entgegensteht“ (51); vielmehr entwickle die Zivilgesellschaft selbst in Gestalt der Verbände, NGOs und Medien sich zu einer neuen Art von politischem Akteur. Im Zeitalter der Globalisierung gebe es nicht mehr die eine „gute Macht“, sondern viele Mächte. Das aber bedeutet,

so Guéhenno: „die Grenzen zu verwischen, vielfältige Zugehörigkeiten zu organisieren, darüber hinaus aber auch das Gleichgewicht zu verändern zwischen den traditionellen politischen Institutionen ... und den Privatorganisationen“ (75). In dieses Loblied auf die Zivilgesellschaft stimmt zwar auch der unvermeidliche *Francis Fukuyama* ein; doch weist er wenigstens auf das moralisch-politische Problem hin, daß den liberalen Gesellschaften genau die „gemeinsamen Normen und Werte“ (25) fehlen, ohne die keine Gesellschaft bestehen könne – um dann seiner Zuversicht Ausdruck zu geben, daß die beiden Werte, Demokratie und Marktwirtschaft, alternativlos „Bestand haben bis weit ins nächste Millennium“ (26).

Skeptischer sind die anderen Autoren. So konstatiert der polnisch-englische Soziologe *Zygmunt Bauman* eine zunehmende Entpolitisierung des von ihm „agora“ genannten Raumes der öffentlichen Meinung, der in wachsendem Maße mit allerlei Privatem aufgefüllt werde. Den Wendepunkt bezeichne ein Mittwochabend im Oktober 1983, als „eine gewisse Viviane vor Millionen von Fernsehzuschauern (verkündete), ihr Mann Michel leide an *Ejaculatio praecox*, und sie selbst habe, was nicht weiter überrascht, beim Geschlechtsverkehr noch nie Lust empfunden.“ (32) Seither korrespondiere die Machtlosigkeit des Politischen mit dem geilen Interesse am Privaten der Showstars, Politiker und anderer sog. „celebrities“. Es bedürfe, so Baumans resigniertes Fazit, „der Einsicht und des Mutes eines Alexander ..., diesen Knoten zu durchschlagen.“ (33) – Was Bauman als Verfall der politischen Kultur beklagt, sieht der allgegenwärtige *Ulrich Beck* als ein politisches Problem: hinter der Beliebigkeit der von ihm so genannten „Warum-Nicht-Gesellschaft“ lauere drohend „die Sehnsucht nach neuer Einfachheit“ (49). Nachdem der Gerichtshof der Vernunft einmal abgeschafft wurde, können getrost die Uralt-Denkrezepte eines platten Naturalismus und eines kruden Nationalismus als postmoderne Rückkehr zu den Ursprüngen wiederbelebt werden. Für *Claus Offe* folgt daraus, daß aus der Nicht-Selbstverständlichkeit der Demokratie ein Mehr an Vertrauen in Institutionen des demokratischen Systems vonnöten sei.

Allen Vorurteilen zum Trotz macht sich einzig ein Engländer – dem man sonst ja keine besondere Disposition zum Mitleid nachsagt – systematisch Gedanken zu dem sozialen Problem der wachsenden wirtschaftlichen Ungerechtigkeit. *David Held*, Politologe an der London School of Economics, korreliert dem Verlust des Politischen eine globale Zunahme an Ungerechtigkeit. Um ihr entgegenzuwirken und nur minimal erscheinende Gerechtigkeitsstandards durchzusetzen, bedürfe es weniger der Theorie als der politischen Macht. Das bedeutet – „behutsam und weniger behutsam“ (92): die Verankerung von Gesetzen zur Neugestaltung der Märkte, neue wirtschaftliche Koordinationsformen, Re-

gulierungsmaßnahmen für die Finanzmärkte, Reduzierung der Schulden der Entwicklungsländer. Jedenfalls, so Held, sei, um die demokratischen Rechte und Pflichten durchzusetzen, nicht der viel gepriesene anpassungsfähige und flexible Bürger erforderlich, sondern ein „breiter internationaler Ansatz zur demokratischen Auseinandersetzung mit der wirtschaftlichen und finanziellen Globalisierung“ (91). Was das heißt, und wie eine solche Auseinandersetzung aussähe, läßt Held leider im Dunkeln.

So gibt der schmale Band, der vieles doch nur anreißt, einen guten ersten Einblick in die derzeitige Problemlage der Gesellschaftswissenschaften zwischen Verherrlichung, Anpassung und Protest.

Alexander von Pechmann